

Datum: 16. Januar 2011

Natalie Trageser

Heckenweg 6
63579 Freigericht
Telefon: 0175 2513657
Telefax: 06055 909101
Natalie.trageser@stud.uni-frankfurt.de
www.gruene-freigericht.de

Wie die CDU mit Kritik umgeht

Der bei ihrem Besuch in Freigericht geäußerte Rat der Ministerin Kühne-Hörmann, die Freigerichter CDU-Kommunalpolitiker sollten in Sachen Golfplatz einfach Durchhaltevermögen zeigen wie die Landespolitiker bei dem Flughafenausbau, sagt mehr über den noch zu erwartenden Politikstil aus, als auf den ersten Blick ersichtlich.

Zum einen ist es erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit Äpfel mit Birnen verglichen werden: Dort eine Erweiterung mit öffentlichem Interesse, die Infrastruktur ausbaut und unbestritten Arbeitsplätze schafft. Da ein privates Projekt, dessen Nutzen für Infrastruktur und Schaffung von Arbeitsplätzen sehr umstritten ist und noch nicht fundiert geklärt werden konnte.

Aber der entscheidende Unterschied: Bevor auch nur irgendein Beschluss für den Ausbau des Flughafens gefasst wurde, initiierte der damalige Ministerpräsident Hans Eichel ein Mediationsverfahren. Das heißt: unter Anleitung eines neutralen Mediators begegneten sich Investoren und Anwohner und handelten einen Kompromiss aus. Dadurch wurden Proteste weitgehend eingedämmt, die Bürger wurden frühzeitig beteiligt.

Wenn Frau Kühne-Hörmann jetzt rät, das Verhalten der CDU bei der Flughafenerweiterung nachzuahmen, so hinterlässt das einen bitteren Geschmack: Wie bekannt, kippte die CDU-Regierung diesen von Wirtschaft und Bürgern ausgehandelten Kompromiss mit der Umgehung des absoluten Nachtflugverbotes.

Zurück zum Freigericht: nicht nur, dass hier Bürger im Vorfeld nicht beteiligt wurden. Jetzt wird der Kommunalpolitik sogar noch geraten, dass die artikulierten Interessen oder sogar zukünftige mit den Bürgern ausgehandelten Kompromisse ignoriert werden sollten.

Auch die Äußerungen des Freigerichters CDU-Vorsitzenden Altmann in seiner Presseerklärung unterstreichen die Art und Weise der CDU mit Kritik umzugehen. Eine lebhafte Diskussion schadet in keinem Fall dem Ansehen einer Gemeinde – wohl aber die völlige Ignoranz der Kommunalpolitiker, welche nicht auf die Argumente der Bevölkerung eingehen und zu diesen konkret Stellung nehmen. Stattdessen werden zweifelhafte Argumente gebetsmühlenartig wiederholt, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu beweisen.

Dass die Bürgerschaft daraufhin ungehalten reagiert und nun alles anführt, was ihrer Meinung nach schon länger im Freigericht falsch läuft, sollte eher als Chance begriffen werden. Statt beispielsweise bei Kritik an der Familienpolitik der Gemeinde trotzig aufzuzählen, was schon alles geleistet wurde, ist es die Aufgabe eines Gemeindepolitikers sich zu fragen: Warum kommt dieses Engagement nicht bei der Bevölkerung an? Welchen schwer wiegenden Problemen fühlen sich die Bürger ausgesetzt und wie können wir diese lösen?

Kritik ist keine lästige Störung, Kritik ist notwendige Anregung, um Politik im Einklang mit den Interessen der Bürger betreiben zu können. Wir Grüne werden daher einen anderen Weg beschreiten.

Grüne

